

Vorwärts

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Zeitschrift die „Neue Welt“.

Nr. 237.

Mittwoch, den 9. October 1895.

VI. Jahrgang.

Karl Marx über das Kleinbauernthum.

(Aus dem dritten Band des „Capital“.)

(Schluß.)

Der Untergang des Parzellen-Eigenthums.

„Die Ursachen, an denen es untergeht, zeigen eine Schranke. Sie sind: Vernichtung der ländlichen Industrie, die keine normale Ergänzung bildet, in Folge der Entwicklung der großen Industrie; allmäßige Verarmung und Aussaugung des dieser Cultur unterliegenden Lebens; Usurpation, durch große Grundeigentümer, des Gemeinde-Eigenthums, das überall die zweite Ergänzung der Parzellenwirtschaft bildet und ihr allein die Haltung von Vieh ermöglicht [also würde die Erhaltung des Gemeinde-Eigenthums nicht als Mittel zur Vergegenstaltung der Production, sondern zur Erhaltung des Parzellen-Eigenthums dienen!]; Concurrenz der, sei es als Plantagenwirtschaft, sei es kapitalistisch betriebene Großkultur. Verbesserungen in der Agricultur, die einerseits Sinten der Presse der Bodenprodukte herbeiführen, andererseits größere Auslagen und reichere gegenständliche Produktionsbedingungen erheischen, tragen auch dazu bei, wie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England.“

„Das Parzelleneigenthum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Concentration der Capitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft.“

„Wucher und Steuersystem müssen es überall verhindern. Die Auslage des Capitals im Bodenpreis entzieht dies Capital der Cultur. Unendliche Zersetzung der Produktionsmittel und Vereinzlung der Producenten selbst. Ungehörige Verschwendungen von Menschenkraft. Progressive Verschlechterung der Produktionsbedingungen und Vertheuerung der Produktionsmittel ein nothwendiges Gesetz des Parzelleneigenthums. Ungleich fruchtbare Jahreszeiten für diese Produktionsweise.“

„Eines der spezifischen Nebel der kleinen Agricultur, wo sie mit freiem Eigenthum am Boden verbündet ist, entspringt daraus, daß der Bauer ein Capital im Ankauf des Bodens anlegt. Bei der begünstigten Natur, die hier der Boden als bloße Waare annimmt, wachsen die Besitzveränderungen, sodaß bei

jeder neuen Generation, mit jeder Erbtheilung, der Boden, vom Standpunkt des Bauern aus, von neuem als Capitalanlage eingeht, d. h. daß es von ihm geäußerter Boden wird. Der Bodenpreis bildet hier ein überwiegendes Element der individuellen fälschen Produktionstosten oder des Kostenpreises des Products für den Einzelproduzenten.

„Beim kleinen Grundeigenthum besitzt sich noch viel mehr die Illusion, daß der Boden selbst Wert hat und daher als Capital in den Produktionspreis des Products eingeht, ganz wie eine Maschine oder ein Motor. Man hat aber gesehen [bei der allgemeinen Analyse der Grundrente], daß nur in zwei Fällen die Rente, und daher die capitalistische Rente, der Bodenpreis, bestimmd in den Preis des Bodenproduktess eingehen kann. . . . Und beides ist am wenigsten der Fall bei der Parzellenwirtschaft und dem kleinen Grundeigenthum, weil gerade hier die Production zum sehr großen Theil den Selbstbedarf befriedigt, und unabhängig von der Regulirung durch die allgemeine Profitrate erfolgt. Selbst wo die Parzellenwirtschaft auf gepachtetem Boden betrieben wird, urfaßt das Pachtgeld weit mehr als unter irgend welchen anderen Verhältnissen einen Theil des Profits und selbst einen Abzug vom Arbeitslohn“ . . .

„Die Aufgabe von Geldcapital für Ankauf des Bodens ist also keine Anlage von agrilem Capital. Sie ist pro tanto eine Verminderung des Capitals, über das die Kleinbauern in ihrer Produktionsphäre selbst verfügen können. Sie vermindert pro tanto den Umfang ihrer Produktionsmittel und verengert daher die ökonomische Basis der Production. Sie unterwirft den Kleinbauer dem Wucher, da in dieser Sphäre überhaupt weniger eigentlicher Credit vorkommt.“

„Man hat gesehen, daß bei gegebener Grundrente oder Bodenpreis regulirt ist durch den Zinsfuß. Ist dieser niedrig, so ist der Bodenpreis hoch, und umgekehrt. Normal also müßten hoher Bodenpreis und niedriger Zinsfuß zusammengehen, sodaß wenn der Bauer in Folge des niedrigen Zinsfußes den Boden hoch zahlte, derselbe niedrige Zinsfuß ihm auch zu günstigen Bedingungen Betriebscapital auf Credit verschaffen müßte. In der Wirklichkeit verhält sich die Sache anders bei vorherrschendem Parzelleneigenthum. zunächst passen auf den

Bauern die allgemeinen Gesetze des Credits nicht, da diese bei Producenten als Capitalisten voraussetzen. Zweitens, wo das Parzelleneigenthum vorherrscht — von Colonien ist hier nicht die Rede — und der Parzellenbauer den Grundstock der Nation bildet, ist die Capitalbildung, d. h. die gesellschaftliche Reproduction, relativ schwach, und noch schwächer die Bildung von leihbarem Geldcapital in dem früher entwickelten Sinn. Diese setzt voraus Concentration und die Existenz einer Klasse reicher, mächtiger Capitalisten. Drittens, hier wo das Eigenthum am Boden eine Lebensbedingung für den größten Theil der Producenten bildet, und ein unentbehrliches Anlagefeld für ihr Capital, wird der Bodenpreis gestiegen, unabhängig vom Zinsfuß und oft im umgekehrten Verhältniß zu ihm, durch das Übergewicht der Nachfrage nach Grundeigenthum über das Angebot. In Parzellen verkauft, bringt der Boden hier einen weit höheren Preis als beim Verkauf großer Massen, weil hier die Zahl der kleinen Käufer groß und die der großen Käufer klein ist. Aus allen diesen Gründen steigt hier der Bodenpreis bei relativ hohem Zinsfuß. Dem relativ niedrigen Zins, den der Bauer hier aus dem im Ankauf des Bodens ausgelegten Capital zieht, entspricht hier auf der entgegengesetzten Seite der hohe Wucherzinsfuß, den er selbst seinen Hypothekargläubigern zu zahlen hat. Das irische System zeigt dieselbe Sache, nur in einer andern Form.“

„Dies der Production an sich fremde Element, der Bodenpreis, kann hier daher zu einer Höhe steigen, worin er die Production unmöglich macht.“ [Man sieht, wie thöricht es ist, sich über die hohen Bodenpreise zu freuen, die der Bauer bezahlt!]“

„Dass der Bodenpreis eine solche Rolle spielt, daß Kauf und Verkauf von Land, Circuliren von Land als Waare, sich zu diesem Umfang entwickelt, ist praktisch Folge der Entwicklung der capitalistischen Produktionsweise, soweit die Waare hier die allgemeine Form alles Products und aller Produktionsinstrumente wird. Andererseits findet diese Entwicklung nur statt, wo sich die capitalistische Produktionsweise nur beschränkt entwickelt und nicht alle ihre Eigenhümlichkeiten entfaltet, weil sie gerade darauf beruht, daß der Ackerbau nicht mehr oder noch nicht der capitalistischen Produktions-

Opfer des Glücks.

Erzählung aus der Gegenwart von Fritz Hansen.

(Kasten verboten.)

Albert Breit gehörte noch vor wenigen Jahren zu den Lustigsten und Heitersten in unserem kleinen Junggesellenkreise.

Nichts war im Stande, ihn trübe zu stimmen. War er einmal nicht in unserer Mitte, so fehlte uns Wen die richtige Stimmung, keine Unterhaltung wollte in Fluss kommen — kurz, ohne ihn war unser Beimensein nicht vollständig. Seitdem er sich jedoch verlobt hatte, zog er sich immer mehr von seinen alten Freunden und Bekannten zurück. So kam es, daß wir uns seit fast einem Jahre nicht gesehen hatten. Da ich eines Tages, als ich zufälligerweise den Annoncenheil einer unserer Tagezeitungen durchsah, einen Namen, er suchte eine Stellung als Buchhalter. Ich konnte dem Drange nicht widerstehen, ihn zu besuchen.

Auf dem Wege nach seiner im Norden Berlins liegenden Wohnung machte ich mir ein Bild von meinem Freunde; ich stellte ihn mir noch lebensfröhler, noch lichter und heiterer vor als früher.

* * *

Ich mußte lange herumfragen, ehe ich seine Wohnung erfuhr. Er hatte eine Schlafstelle inne, im Hofe, vier Trennen hoch.

lächelnd mir die Hand reichte und mich ersuchte, auf dem einzigen Stuhle Platz zu nehmen, während er selbst sich auf den Rand des Bettes setzte.

„Nun, wie geht es, Albert?“

„Schlecht, wie Du siehst. Ich bin schon wieder eine Zeit lang stellunglos. Es sind schlechte Zeiten, die Geschäfte gehen nicht.“

Er sprach das ruhig, fast gleichgültig.

„Und wie geht es Deiner Braut?“

„Die spuckt Blut und arbeitet Tricotässen. Sie ist natürlich noch meine Braut, wird wohl auch nie meine Frau werden.“

„Arbeitet und ist krank? Aber Deine Schwiegereltern führen doch ein großes Haus und sind wohlhabend, soviel ich weiß?“

„O, er hat Alles verspeculirt, findet keine Stellung, bemüht sich auch kaum mehr darum, weil es zwecklos ist, und läßt Frau und Tochter für sich arbeiten.“

„Und ich glaubte Dich so glücklich, Albert!“

„Glücklich?“ fuhr es ihm bitter heraus. „Glaubst Du denn, daß man glücklich sein kann, wenn man sehen muß, wie das Mädchen, das man liebt, langsam absterbt, weil es keine Pflege hat, weil es Tag und Nacht an die Nähmaschine geschmiedet ist? O, wenn ich höre, daß Andere in's Bad reisen und sehe ihr schmales, blaßes Gesicht, — ich könnte wahnsinnig werden!“

Sie hatte längere Zeit im Quallenbad gesucht und

freunde waren, verloren. Ich hatte es an mir selbst erfahren, wie durch das Hineingeworfeltwerden in mir gänzlich fremde Verhältnisse manche meiner früheren Anschaungen umgestimmt worden waren, wie sich mein Charakter, wenn auch nicht in seiner Grundstimmung, so doch in seinen Ausßerungen nach und nach verändert hatte. In vielen meiner Jugendfreunde hatte ich das Gleiche bemerk't, die mir nach unserm Wiederssehen

gleichgültig, fremd, ja unsympathisch geworden waren. Aber Albert, der Lebendigste von uns Allen, jetzt so tief elend! Ich konnte es nicht fassen. „Du siehst mich an, Karl, und kannst mich nicht begreifen“, fuhr er weicher fort. „Aber denke doch selbst an jenes, rosige Mädchen zurück, das es mir damals für's ganze Leben angelhan hat! Wenn ich mir meine frühere Anna vergegenwärtige, steigt es heiß in mir auf, fühle ich namenloses Weh.“

„Du darfst nicht zu sehr in der Erinnerung leben, Albert.“

„Glaubst Du denn, daß ich das thue? Ich rufe mir die Vergangenheit wahrlich nicht abschließend zurück. Aber sie kommt zu mir, denn wenn ich neben Anna sitze und sie bei dem monotonen Geräusche der Waschmaschine höre, so höhl, Karl, daß es selbst einem Fremden das Herz brechen könnte, — dann kann ich nicht anders, ich denke daran, wie blühend und lebensfröhlich sie früher war, und ich verwünsche das elende Geschick, das dem Einen Glücksgüter im Übermaß giebt und den anderen verkommt.“

welte, sondern einer, aus untergegangenen Gesellschaftsformen überkommenen Produktionsweise unterworfen ist. Die Nachtheile der kapitalistischen Produktionsweise, mit ihrer Abhängigkeit des Producenten vom Weltmarkt seines Produktes, fallen hier also zusammen mit den Nachtheilen, die aus der unvollkommenen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Der Bauer wird Kaufmann und Industrieller ohne die Bedingungen, unter denen er sein Product als Ware produzieren kann."

Das Privateigenthum am Grund und Boden.

"Der Conflict zwischen dem Bodenpreis als Element des Kostenpreises für den Producenten, und Nichtelement des Produktionspreises für das Product ist nur eine der Formen, worin sich überhaupt der Widerspruch des Privat-eigenthums am Boden und einer rationellen Agricultur, und normaler gesellschaftlicher Verwendung des Bodens darstellt. Andererseits ist aber Privateigenthum am Boden, daher Expropriation der unmittelbaren Producenten vom Boden — Privateigenthum der einen, das das Nicht-eigenthum der Andern am Boden einbegreift — Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise."

"Hier bei der kleinen Cultur tritt der Bodenpreis, Form und Resultat des Privateigenthums an Boden, als Schranke der Production selbst auf. Bei der großen Agricultur und dem auf kapitalistischer Betriebsweise beruhenden großen Grundeigenthum tritt das Eigenthum ebenso als Schranke auf, weil es den Pächter in der produktiven Capitalanlage beschränkt, die in letzter Instanz nicht ihm, sondern dem Grundeigentümer zu gut kommt. Bei beiden Formen tritt an Stelle selbstbewusster rationaler Behandlung des Bodens als des gemeinschaftlichen ewigen Eigenthums, der unveräußerlichen Existenz — und Reproduktionsbedingung der Kette sich ablösender Menschen geschichteter, die Exploitation und Vergeudung der Bodenkräfte (abgesehen von der Abhängigkeit der Exploitation, nicht von der erreichten Höhe der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern von den zufälligen ungleichen Umständen der einzelnen Producenten). Bei dem kleinen Eigenthum geschieht dies aus Mangel an Mitteln und Wissenschaft zur Anwendung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit. Bei dem großen, durch Exploitation dieser Mittel zur möglichst raschen Bereicherung von Pächter und Eigentümern. Bei beiden durch die Abhängigkeit vom Marktpreis."

"Alle Kritik des kleinen Grundeigenthums löst sich in letzter Instanz auf in Kritik des Privateigenthums als Schranke und Hindernis der Agricultur. So auch alle Gegenkritik des großen Grundeigenthums. Von politischen Nebentümern wird hier natürlich in beiden Fällen abgelenkt. Diese Schranken und dies Hindernis, welche alle Privateigenthum am Boden der

Dann wandte er sich plötzlich zu mir: „Genug davon, gress und hölziger auf. „Ursinn! Der ist jetzt viel glücklicher als früher. Seit seines Lebens hat er sich abgemüht, um Geld zusammenzuschaffen, und das Ende vom Leben? Seine Frau nimmt in einem Jahre einen anderen Mann. Der bringt das, was Seiner wahrhaft erwartet hat, mit Eleganz durch. Zu was hat sich also der, den sie jetzt fortlässt, abgewirtschaftet? Zu nichts, rein gar nichts!“

Aus Herzog sprach die bittere Logik eines Mannes, der im Leben Schicksal gelitten hat und keine Hoffnung mehr auf eine bessere Zukunft in sich trägt.

„Aber Du weißt ja gar nicht, Vater, ob es so, wie Du meinst, kommen wird“, warf Anna begeistert. „Dann kommt es eben anders. Jüngerhin ist der Tod ein Dornknopf gewesen, daß er überhaupt zu leben verachtet hat.“

„Vater!“

„Was heißt überhaupt leben? — Streben — und Streben ist Ursinn. Man strebt und stirbt und hat am Ende doch nichts Abschließendes erreicht.“

„Die Liebe!“ fuhr er sehr hölzisch fort und blickte auf Albert. „Sind es nicht schrecklich, zu denken, daß diejenigen, für die man sein Leben hingegeben könnte, nicht untergehen müssen, eine Bestie der Wälder werden!“ Bei diesen Worten sank mein armer Freund noch mehr in sich zusammen. „Uebrigens hat der Mensch gar keinen Lebenszweck“, fuhr Herzog fort.

„Sein kurzes Leben sieht sich noch abendnein aus Momenten zusammen. Seine hat er sich dieses flüchtige Ziel gestellt und hat er es nun erreicht, so

agrilegen und der rationalen Behandlung. Erhaltung und Verbesserung des Bodens selbst entgegengeht, entwickelt sich hüben und drüben nur in verschiedenen Formen, und im Ganzen über diese spezifischen Formen des Lebels wird sein letzter Grund vergessen.“ [Sind das nicht beispielserreich?]

„Das kleine Grundeigenthum setzt voraus, daß die bei weitem überwiegende Majorität der Bevölkerung ländlich ist, und nicht die gesellschaftliche, sondern die isolierte Arbeit vorherrscht; daß daher der Reichthum und die Entwicklung der Reproduction, sowohl ihrer materiellen wie geistigen Bedingungen, unter solchen Umständen ausgeschlossen ist, daher auch die Bedingungen einer rationalen Cultur. Auf der anderen Seite reduziert das große Grundeigenthum die agrilegen Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum, und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengebrachte Industriebewohner entgegen; es erzeugt dadurch Beziehungen, die einen unheilvollen Alibi hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels in Folge wovon die Arbeitskraft verschleudert, und diese Verschwendungen durch den Handel weit über die Grenzen des eigenen Landes hinausgetragen wird.“

„Wenn das kleine Grundeigenthum eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Bauern schafft, die alle Röhheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Dualen und aller Misere eiselfester Länder verbindet, so untergräbt das große Grundeigenthum die Arbeitskraft in der letzten Region, wohin sich ihre naturwütige Energie flüchtet, und wo sie als Reservefonds für die Erneuerung der Lebenskraft der Nationen sich aufspeichert, auf dem Lande selbst. Große Industrie und industriell betriebene große Agricultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft, und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direct die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruinirt, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Lande auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agricultur die Mittel zur Erhöhung des Bodens verschaffen.“

So zerstört die kapitalistische Produktionsweise die Grundbedingungen der Production überhaupt: Natur und Arbeit!]

Politische Rundschau.

— Die rechtliche Sonderstellung der Socialdemokratie, so schreibt der "Vorwärts", wird durch den jüngsten Prozeß, der mit der Verurtheilung unseres Genossen Dietrich zu sechs Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung endete, in das hellste Licht gerückt. Nach der Auffassung des erkennenden Gerichts war unserem Collegen seiner politischen Überzeugung halber zuzutrauen, daß er durch die Niedergabe einer Gerichtsverhandlung wegen Majestätsbeleidigung selbst eine

Majestätsbeleidigung begehen wollte. Nur ein Social-

demokrat, wohl gewiß, setzt sich durch sein Verbrecht aus. Deshalb haben denn auch viele bürgerliche Blätter nicht über der "Vorwärts" jede einen vollständigen Bericht über eben jene Verhandlung gegen Dietrich bringen können. Wir würden uns nach Ausschluß der Grunewald-Kammer, hätten wir dasselbe geschrieben wie jene Blätter, ja abermals einer Majestätsbeleidigung schuldig machen können.

Bräucht es noch eines Beweises dafür, zu welchen absurd Consequenzen es führt, wenn die politische Tendenz eines Angelagten oder der von ihm redigierten Zeitung für seine Verurtheilung den Ausschlag gebe?

— Die Vorbereitungen für die parlamentarische Campagne werden in dieser Woche aufgenommen. Wie berichtet wird, sind die mit der Vorbereitung des bürgerlichen Gesetzbuches betrauten Ausschüsse des Bundesrathes bereits zusammengetreten. Am nächsten Donnerstag werden die Plenarberathungen des Bundesrathes beginnen. Dem Metztag werden zunächst die Vorlagen zugehen, deren Erledigung durch den Schluß der vorigen Tagung verhindert worden ist, namentlich die Novellen zur Gewerbeordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung.

— Die Versammlungsfreiheit in Sachsen ist ebenfalls völlig aufgehoben. In einigen Kreisen ist es nach der "Leipziger Volkszeitg." den Parteigenossen in Folge der bekannten Saalabtreiberei unmöglich, ein Local zu einer Versammlung zu erhalten. Versammlungen im Freien werden aber von den Behörden wegen „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ fast regelmäßig verboten. So sind in den letzten Tagen im 41. ländlichen Wahlkreis mehrere Versammlungen aus diesem und anderen Gründen verboten worden, und auch aus anderen Wahlkreisen wird ähnliches berichtet. Es scheint fast, als wenn die Behörden in der gegenwärtigen Wahlcampegn nach ganz besonderen Weisungen arbeiteten, auf jeden Fall zeigen aber solche Vorlommisse, daß es die Behörden an dem nötigen Eifer nicht fehlen lassen, den Socialdemokraten alle nur erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten. Den Erfolg ihrer Thätigkeit werden ihnen die Wahlergebnisse beleuchten.

— Mit der Frage der Vereinsgefrees dient der Vereinsgefrees für sich, wie die "Voss. Zeitg." mittheilt, demnächst ein Ministerrath beschäftigen. Die Mittheilung eines bayrischen Blattes, es sei eine Änderung des preußischen Vereinsgesetzes nach dem Muster des bayerischen geplant, sei unzutreffend. Auch für den Fall, daß der Ministerrath sich für eine Verschärfung des Vereinsgesetzes grundlegend schließen machen sollte, dürfte das bayerische Vereinsgesetz kaum als Muster dienen. — Wir können es ruhig abwarten, was der Berg gebären wird.

— Stöcker — Professor der Ethik! Stöcker wird in der "Ev. Kirchenzeitg." von Superintendent Holzheuer als Lehrer der Ethik empfohlen. In einem Aufsatz über die Besetzung geistlicher Aemter mit positiv genannten Pastoren schreibt Herr Holzheuer: „Ist nicht Stöcker zu Vorlesungen über Ethik, um nur die zu erwähnen, in einer Weise befähigt, daß diese Disciplin, von ihm gelehrt, alsbald ein Bren-

vergibt er dieses übermorgen und strebt nach etwas Anderem, vielleicht Entgegengesetztem, aber ebenso Kleinlichem.“

Ich wußte, daß Herzog in seinen besseren Tagen die Werke unserer großen Denker mit vielem Interesse gelesen hatte, deshalb bemerkte ich: „Angenommen auch, Sie hätten für das Individuum recht, so müßten Sie doch bedenken, was die Menschheit im Ganzen Großes geleistet hat, wie die Ideen des Gesamtwesens sich beim Einzelgeschöpf zu Idealen gestalten, wie diese Ideale die Menschheit begeistern zu Höherem und Besserem.“

„Ideale! Es ist einfach lächerlich, von Idealen auf unserer Erde zu sprechen, die früher nicht existierte und später vergehen wird in Dunkel sammelt den Menschen und ihren großartigen Schöpfungen.“

Als wir nichts erwiderten, setzte er in etwas pathetischen Tone hinzu:

„Und deshalb grüble ich schon lange über unsern Tod nach. Es ist Ursinn, weiter zu leben, zumal in einer Zeit, in welcher Alles außer Stadt und Land geht und wir noch Jahrzehnte lang im Sumpfe der Gemeinheit stecken werden.“

„Doch ein gebildeter Mensch muß sich über die Kleinigkeiten des Lebens hinwegsetzen“, bemerkte ich.

„Gerade das Gegenteil, mein Lieber!“

„Unter den heutigen charakterlosen Durchschnittsmenschen ist, wie zur Zeit des römischen Kaiserreichs, Ehrenmännern das Leben eine Last.“

(Fortsetzung folgt.)

zum für gesammelten überleglichen Ausbildung auf der Universität werden würde, in besserer Verhinderung er, man und ebenfalls nur nebenamtlich, einzutreten? — Söder Professor der Theologie! Das geht noch über den Prof., der zum Göttinger gelebt wird.

— 200 Hämmerlein. Briefe sollen nach einer Mitteilung der „Nation“ demnächst „im Reichszeitung“ bemerkbar hierzu:

„Herrnach steht zu erwarten, daß noch mancherseits aus dem sozialdemokratischen Lager aus die Conservativen abgeschossen werden würden, und man hat allerlei Entschließungen entgegenzusehen.“

Die „Frankf. Btg.“ irrt; diese Briefe werben nicht im sozialdemokratischen Lager in Vereinfachung gehalten, sondern, so erklärt der „Vorwärts“, unseres Wissens in Kreisen, die den Redactoren der „Nation“ nahe stehen. Darüber sollte doch eigentlich die „Frankfurter Zeitung“ von ihrem Berliner Correspondenten unterrichtet sein.

Der „freisinnige“ Münchener Tagblatt beschloß auf Grund commissioneller Beurtheilung dem Antrage des Volksvereins auf Einführung der Lehrammelfreiheit den Politikunterricht stattzugeben. Furcht vor der notwendigen Mehrbelastung des städtischen Staats um jährlich 105,000 M., sowie principielle Erwägungen hinsichtlich der Consequenzen führten zu diesem bedauerlichen Beschlüsse.

— Die Reichstagswahl am 7. und 12. württembergischen Wahlkreise sind, wie gemeldet wird, auf den 12. November anberaumt.

— Zur Reichstagswahl in Dortmund fordert die „Deutsche Tageszeitung“ die Mitglieder des Bundes der Landwirthe zur Stimthalzung auf. Die nationalliberale Presse ist dagegen höchst empört.

Das neue Stempelsteuer gesetz ist am nächsten 1. April in Kraft. Von diesem Tage ab beabsichtigt die Regierung nach der „Schles. Btg.“ die jetzigen Stempelbogen und Stempelmarken außer Verkehr zu setzen.

Die liberalen Abgeordneten Österreichs sind eingekettet zwischen der Furcht vor dem Ministerium und der vor den Wählerschaften. Auf der einen Seite fürchten sie die Abneigung der Regierung, die sich schon heute deutlich äußert; und auf der anderen den Absatz ihrer Wählerschaften, der jeden Tag mehr um sich greift. Die liberalen Abgeordneten haben von den Klassenforderungen ihrer Wähler, der deutschen Bourgeoisie, Stück für Stück preisgeben und sich jeder Regierung gefügt gezeigt; sie haben den Grafen Taaffe unterstützt, den sie vierzehn Jahre mit aller Wuth bekämpft, das Bündnis mit Hohenwart gesucht, der zwanzig Jahre als der leibhaftige Gottscheiens galt, um eine unausweichliche Reform zu verhindern, sie haben jede Schande getragen, um nur an der Macht zu bleiben. Was ist aber aus der einst so zähigen deutschliberalen Partei geworden! Graf Taaffe behandelt sie mit einer so ausgesuchten Geringwürdigkeit, mit einer verlegenden Gleichgültigkeit, die fast auf planmäßige Absicht schließen läßt. Die Regierung wird ohne die deutschliberale Partei gebildet, nicht einmal gegen sie; man weiß ja, daß sie hinter dem Wagen immer herläuft, gleichgültig, wer ihn abschafft. Und die Wählerschaften! Die deutschösterreichische Bourgeoisie ist die rückständigste, schwächlichste, faulste und starre Gesinnungstreue war nie ihre Sache. Über selbst dieses quittmäßige Spießbürgertum, dem mit politischer Ehrlichkeit niemals besonders ernst war, ist der liberalen Partei nachgerade überdrüssig geworden, und wo die Linke zur Wahl kommt, erntet sie schwächliche Niederlagen. Die Linke hat keinen Einfluss auf die Regierung, keinen Halt im Bürgerthum. Sie ist heute nichts anderes als eine Heerde von Leuten, die sich frapphaft an ihre Mandate klammern und an nichts anderes denken, als wie sie ihre Mandate beenden und ausbooten können. Das widerwärtige Schauspiel der liberalen Partei mahnt dringend, dem bestranken Hause bald den Abschied zu geben. Wir brauchen eine Wahlreform, damit Parteien, wie die vereinigte deutsche Linke, unmöglich werden.

— Opposition gegen das Civil-Chefes in Ungarn. Im Arvaer Comitat finden während zahlreiche Aktionen gegen die kirchenpolitischen Gesetze statt, zahlreiche Gemeindenvorsteher werden suspendiert und viele Verhaftungen tauchten vor. Der katholische Pfarrer Habo in Obertrat von der katholischen zur reformierten Kirche und übernahm die Seelsorge desselben Bezirks, bis dahin als katholischer Geistlicher amtirt hatte.

— Die sittliche Agitation gegen die kirchenpolitischen Gesetze nimmt in Oberungern höhere Dimensionen an. Viele Pfarrer führen darüber theologisch insuliert. Eine Kapelle Pfarrer hat Trauershahnen gehabt.

Die Schweizerische Presse ergeht sich in allerhand Betrachtungen über die Verwerfung des Blindölmonopols. Man sucht nach den Ursachen, welche die Verwerfung herbeiführen. Allgemein sagt man, das schweizerische Volk sei eben überhaupt monopolfeindlich gesinnt. Aber woher kommt das, muß man fragen. Es gab eine Zeit, und die ist noch gar nicht so weit zurück, wo das Schweizervolk dem Monopol durchaus nicht so ungünstig gesinnt war, denn mit großer Weitheit wurde im Jahre 1885 das Schnapsmonopol angenommen. Damals hat man dem Volke große Versprechungen gemacht, man wollte den Schnapsgeist bändigen, die Trunksucht einzämmeln, den schlechten Fusel beseitigen, mit einem Worte den gesundheitsgefährlichen Alkohol aus dem Konsum verbannen und den Gewinn aus dem Verkauf des Branntweins zum Nutzen sozialer Reformen verwenden. Von allem ist nichts gehalten worden; der Fusel ist nicht beseitigt, wohl aber schlechter und teurer geworden. Das „Stumpfeli Schnaps“ kostet nun 10 und 15 Centimes statt wie früher 5 Centimes, die Trunksucht hat dadurch nicht nachgelassen, und daß von dem Gewinn aus dem Verkauf des Branntweins etwas zur Förderung des Volkswohls ausgegeben worden ist, hat auch niemand erfahren. Weil das schweizerische Volk aber mit dem Schnapsmonopol so eingegangen ist, deshalb ist es auch missbraucht geworden und hat hinter dem Blindölmonopol finanzielle Machinationen gewittert und sein verwerfendes Votum abgegeben. Manifestlich das Landvolk hat sich strikt ablehnend gegen das Monopol verhalten, weil es eben alles, was von Vernunft kommt, mit misstrauischen Augen betrachtet.

— Verstaatlichung des Hypothekenwesens verlangt der Bauern- und Arbeiterbund des Kantons Basel-Land auf dem Wege der Initiative.

— Die Brotvertheuerer sind an der Arbeit. Die schweizerischen Bäder beschlossen auf ihrem Bandestag die Bildung eines Bäderringes zur „Regulirung der Brotpreise“. Große Entrüstung darüber herrscht namenlich in Arbeiterkreisen, die mit Recht eine Vertheuerung des Brotes befürchten. Aber auch bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein ist man über das Vorgehen der Bäder empört.

— Der Staatsrat von Genf hat eine Gesetzesvorlage betreffend die Gründung einer Arbeiterkammer ausgearbeitet und dafür einen Credit von 10,000 Francs in Aussicht genommen.

Die serbischen Haidulen, die den spanischen Guerillas entsprechen, waren, so lange es dem Kampfe gegen die türkische Fremdherrschaft galt, der Gegenstand dichterischer Verherrlichung, sie waren die Helden des Volksliedes, bewundert von der ganzen Nation. Jetzt, wo die türkische Fremdherrschaft durch die um kein Haar bessere Willkürherrschaft der Obroniwitsch abgelöst ist, wo die einzige volkstümliche Partei Serbiens, die radikale, unterdrückt wird, regen sich wieder die Haidulen in den serbischen Gebirgen. Mit derselben Grausamkeit und Hartnäckigkeit, mit der die Haidulen von den türkischen Pashas verfolgt wurden, werden sie jetzt von der „nationalen“ Regierung, die zum großen Theil ihnen die Existenz verdankt, drangsalirt. Eine Depesche aus Belgrad meldet hierüber: Ein wegen seiner Strenge weit bekannter Offizier wurde für diejenigen Districte, in denen das Haidulenwesen sich immer mehr ausbreitet, mit außerordentlichen Vollmachten zum Präfecten ernannt. Er hat bereits die Umsiedlung der Einwohner mehrerer Dörfer, in welchen die Haidulen besonders stark hausen, angeordnet.

Dem italienischen Volle dürften durch die Colonialabenteuer neue schwere Opfer aufgebürdet werden. Auf dem Gebiete der erythräischen Colonie bereiten sich wieder kriegerische Ereignisse vor, die große Opfer an Gut und Blut fordern dürften. Der Hauptgegner Italiens, das Marascha, ruht mit mehr als 5000 modern bewaffneten Soldaten gegen die italienische Colonie vor.

Wollen denn die spanischen Siegesdepechen aus Kuba noch immer kein Ende nehmen? Die spanischen Truppen „siegen“ fortwährend, aber von einem Fortschritte ist trotzdem nichts zu merken. So wird wieder berichtet, daß an dem Flusse Guanabat am 25. v. Mai 1890 Spanien unter dem Oberbefehl des Generals Schagne

auslandliche geklagten haben sollen, die von Kaiser Meaco befriedigt wurden. Kaiser Meaco soll mit mehreren Kaderen gefallen sein. Der Feind soll unter Unterlassung von Waffen und Munitionen auf spanischer Seite werden vier Mann verwandelt. — Nun vier Mann! Ist das nicht verdächtig?

Die Unruhen in Konstantinopel. Die Botschafter überreichten eine Verbalnote (eins zum Vorlesen bestimmt, mehr vertrauliche Note) an die Pforte, in der angefragt wurde, welche Vorlehrungen die Pforte zur Beschwichtigung der Regierung unter den Mohammedanern und Armeniern, sowie zum Schutz der Christen und Ausländer zu treffen gedenkt, und eine strenge Untersuchung der letzten Vorgänge gefordert wird. Darauf erhielten sie die Zusicherung, daß die Herbeiführung einer baldigen Bevölkerung mit ernsten Mitteln angestrebt werden wird. Zur Verstärkung der Polizei, die sich in wiederholten Fällen als zu schwach erwies, um Ausschreitungen der Bevölkerung zu verhindern, werden seit zwei Tagen Truppenabteilungen herangezogen. Die Kirchen sind immer noch mit Flüchtlingen angefüllt, die offenbar diese Thyle nicht vor dem Eintritt voller Verhüllung zu verlassen entschlossen sind. — Viele unbeschuldigt verurteilte armenische Passanten werden jetzt entlassen. Bei nahe alle beladen sich über Misshandlungen, die sie bei ihrer Arrestierung oder im Arrest erlitten hätten. Es ist festgestellt, daß Sofas und Böbel in verschiedenen armenischen Vierteln geraubt haben.

Neueren Meldungen aufs folge hat sich die Lage in Konstantinopel soweit gebessert, daß seit dem 3. October keine neuen größeren Ausschreitungen vorgekommen sind. Unter der armenischen Bevölkerung herrscht indeß noch großer Schrecken.

Parteiangelegenheiten.

Unterm neuestem Eurs. Redakteur Baumüller in Magdeburg bleibt in Haft, da die Beschwerde gegen den betreffenden Beschuß des Strafsgerichts zurückgewiesen worden ist. — In Dortmund hat Redakteur Dr. Büttgenau betreffs der angeblichen Majestätsbeleidigung jezt die Anklageschrift erhalten. Ebenfalls wegen vorgeschichtlicher Majestätsbeleidungen ist gegen die Parteigenossen Bauer und Perschel in Harburg eine Untersuchung eingeleitet.

Das Vertheilen von Wahltagblättern während des Sonntag-Gottesdienstes hatte die Polizei im westfälischen Amt Aplerbeck verhindert, weil durch die Vertheilung die gelehrtlichen Bestimmungen über die Sonntagsschule verletzt würden. Die dagegen eingelegte Beschwerde hatte Erfolg. Da die Staatsanwaltschaft die Vertheilung nicht für strafbar erklärte, gab der Landrath den Polizeibehörden seines Bezirks entsprechende Weisung.

Auslösung von Volksversammlungen. Wegen der nach Ansicht weiter Kreise ungesetzlichen Auslösung von Volksversammlungen in Elberfeld hatte deren Eintrüger Strafantrag gegen den Commissar Hammhoff gestellt, der die Aufführung vernahm. Die Staatsanwaltschaft lehnte den Strafantrag als unbegründet ab. Dagegen leitete sie das Strafverfahren gegen die Parteigenossen Gewehr und Raumann und, wie es heißt, auch gegen Frau Schneider aus Köln ein, weil diese in einer Versammlung bei der Kritik der Versammlungsauslösungen die Staatsanwaltschaft und die Polizei beleidigt haben sollen. Die Sache ist für die jetzigen politischen Verhältnisse charakteristisch.

Freigesprochen vor der Anklage der Gotteslästerung und der Beschimpfung der evangelischen Kirche wurde der Parteigenosse Mondry aus Harburg in Ostrowo. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt ist M. dagegen zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Dolus eventialis Nr. 6. In Harburg ist gegen Verleger, Drucker und Redakteur des „Volksblatts“ eine neue Untersuchung eingeleitet. Sie sollen sich wieder der öffentlichen Bekleidung schuldig gemacht haben.

Vermissenes.

Manheim, 8. October. Unterstellung. In Heidelberg unterschlug der bei der Privatdomänen-Verwaltung angestellte Schreiber Basko einen Wertbrief von 52,000 Mark, der an die bairische Generalstaatskasse gerichtet war. Basko ist flüchtig.

Münster, 9. October. Hier wurden, wie gemeldet wird, vergangene Nacht wiederum Polizisten mishandelt, welche durch berittene und Fußgendarmen verjagt wurden. Ganze Strafen mußten mit der blanken Waffe gefügt werden.

Braunschweig, 8. October. Patriotische Schützen. Das Staatsministerium genehmigte die Veranstaltung einer Pfennigsammlung in sämtlichen Landesschulen am 18. October für ein Leipziger Volkschlachtdenkmal.

Budapest, 7. October. In Arad wurden riesige Steuerbefreiungen entdeckt. Bis jetzt ist der Abgang von 95,000 fl. constatirt. Des Steuerbeamters, der Controleur, der Schreiber und ein angehender Schreiber wurden verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Rosia, 8. October. Im Fluß Olt bei dem Dorf Ozergi ist ein Floß untergegangen. Gerüchte verbreiteten, daß 100 Personen ertrunken seien.

Der für heut angekündigte Sommers findet besonderer Umstände halber nicht statt.



Leopold Bernmann

Damen-Mantel-Fabrik,
Reuschestrasse 55,
„zur Pfauenecce“.

Größte Auswahl
aller Neuheiten für Herbst und Winter

Mäntel, Jaquets, Kragen, Capes,
Kindergarderobe.

Billigste Bezugsquelle Breslau's!

Arac, Rum, Cognac

Wibb Importet zu grob und zu stark.

H. Punsch u. Süßweinextracte.

Banana, Bananab., Burgunder,

Ritter-Weine ic. Vouloir,

Grogo, Chateau.

H. Original- und Tafel-Liqueure

Nunaberger Klosterbitter, v.

Mandarinen-Ginger, v.

Venedictiner,

Kartäuser-Coracao etc.

„Machod“.

Magen- und Cholera-Bitter,

alten Breslauer Korn mit Wein

abgezogen, Apfelwein,

Johanniterwein, Blaubeerwein,

Pimpern. u. Citronen-Zimtadenen,

Essl.

Wein-Essig und Mostrich

empfiehlt

Hermann Seldel

BRESLAU, Ring 27.

Telephon No. 8.

Verkaufsstellen: Im Auschank im

Gaukler, im Comptoir im Hofe

Eine Staats-Mission!

Der Sohn King Pell's aus Amerika

Wird jetzt nach Breslau kommen.

Was hat der Kronprinz dort zu thun?

Fragt alle Welt bekommen.

So hört: Auf Wunsch des Herrn Papa

Der Königsohn begibt sich

nach Breslau — von Samoa —

Zur „Gold'n' 74“.

Soll taufen dort nach Vaters Rath

Anzüge zum Entzücken,

Dass er den ganzen Congo-Stadt

Kann gut und billig schmücken!

Winter-Paletois

von $\frac{7}{2}$ Mk. an.

Winter-Jaquettes

in Loden, Double, Eskimo, Teppi

Diagonale von 5 Mk. an

Hohenzollern-Mantel

für Herren und Knaben.

20 Prozent billiger wie überall.

Eine ganz besondere Gelegenheit sind

Schlafröcke

in riesiger Auswahl von nur $\frac{7}{2}$ Mk. an.

Knaben-Anzüge

viele Modelle darunter.

Hochfeine Jaquets- u. Rock-Anzüge

(in Lugh und Kammgarn) nur 10, 12,

15, 20, 25, 27, 30, 32, Mt. prima.

Herbst-Paletois und

Pelerinen-Mantel von 8, 10, 12,

15, 18, 20, 25, 27, 30, 32 Mt.

Reise-, Braut- und Gesellschafts-

Anzüge v. 15, 18, 20, 25—30 Mt.

Bräuteremalare 33, 35, 40 Mt.

Solide Stoffhosen

von 3, 4, 6, 8, 10, 12 Mt. prima.

„Goldene 74“,

Größtes Versandthaus.

Ohlauerstr. 74, nur in der 1. Etage.

Anerkannt im ganzen Land

als reellste und billigste Bezugsquelle

Breslaus.



Fabrik Arbeiter-Garderobe
Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden und Jacken

am allerbilligsten bei E. Liedecke, Stodgasse 30.

Auf Theilzahlung
Möbel-

Polsterwaren & Spiegel-Lager
in reichster Auswahl, sowie 146
Teppiche, Wäsche, Schuhe etc.
Herren- u. Damen-Confection, Pelzsachen etc.
leichteste Zahlungsbedingungen!

Ausstattungs-Geschäft.
Julius Oliendorff & Co.
13, I., Albrechtsstrasse 13, I.

Um zu räumen, halb umsonst
verlaufen einzige und allein
der Hauptlieferant der Beamten, Handwerker und Arbeiter

Albert Wagner

Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 70

vis-à-vis der Brennerei von Kaiser.

Mäntel.

Hauskleiderstoffe, doppelt breit, Meter 40, 45, 50, 60, 75 Pf. u. 1 Mk.

Flügel, doppelt breit, alle Farben, Meter 55, 60 u. 65 Pf.

Chenille in neuest. Farben, Meter 85, 90 Pf. 1, 120, 150 u. 180 Mt.

Steinw. Santa-Fe-Kleiderstoffe, Meter 75, 90 Pf. 1, 120, 150 u. 180 Mt.

Schwarze Chenille, reine Wolle, Meter 90 Pf. 1, 120, 150—3 Mt.

Crêpes, reine Wolle, alle Farben, Meter 1, 120, 150 u. 180 Mt.

Epingle, Diagonal, Armure, in den neuest. Farben, reine Wolle, Meter 90 Pf. 1, 120—5 Mt.

Schwarze Chenille, reine Wolle, Meter 90 Pf. 1, 120, 150—3 Mt.

Bücher.

Züchten, breite, gediegene, waschichte Qual. 18, 20, 25, 30, 35 u. 40 Pf.

Züchten, reineleinene elegante Dessins 29, 30, 35 u. 40 Pf.

34. Züchten, Doppeltbreite, b. h. ohn. Nähb. 45, 50 u. 60 Pf.

Diagonale Bettbezüge, 2,75, 3, 3,50, 4 Mt.

Jaquets.

Jaquets, rot u. rothrot gezeichnet, Meter 45, 50, 55, 60, 65 u. 75 Pf.

Ältere Jaquets, febdicht u. waschfest, rot u. rothrot gezeichnet, Meter 55, 60, 75 u. 90 Pf.

Jaquets, Doppeltbreite, glatt u. geizt, Meter 90 Pf. 1, 120 u. 150 Mt.

Diagonale zu Unterbetten, 1 Mt. breit, gezeichnet u. glatt, Meter 60, 75, 90 Pf. 1, 120 u. 150 Mt.

Wäsche.

Quaben- u. Nachthemden 10, 20, 35 Pf. u. j. w.

Unterhemden in Stoff, Domus, 85 Pf. Woll. geft. Herrenhemden recht gr. 1 Mt.

Hemden in Stoff, Baumwolle, eleg. garniert, gute marine Liteträde. Bein-Heider mit Gürtel und noch viele andere Stoffe, die überall in 1,25 Pf. angezogen werden, bei mir nur 1 Pf.

Tricotagen.

Tricot-Hemden für Herren u. Damen von 90 Pf. an.

Tricot-Jacken für Herren und Damen von 60 Pf. an.

Tricot-Schalbänder von 90 Pf. an.

Tricot-Schalentücher von 90 Pf. an.

Tricot-Unterhose von 90 Pf. an.

Über mir in billiger Geschäftshaus der Rückenverlag

Albert Wagner

70, Friedrich-Wilhelmstraße 70,
gradeüber der Brennerei von Kaiser.

Mittwoch, den 9. Oktober 1895.

Parteitag der Deutschen Socialdemokratie.

Berlin, den 9. Oktober 1895.

Verhandlungstag - Fortsetzung.

Die heutige Sitzung wird von Dr. Egli-Würzburg eröffnet und geleitet.

Der Parteitag tritt sofort in den dritten Punkt der Tagesordnung: "Bericht über die parlamentarische Thätigkeit". Abg. Wurm hält das Referat an der Hand des von ihm verfassten, gedruckt vorliegenden Berichts, der über alle von der Partei gestellten Anträge und Abstimmungen Rechenschaft gibt.

Es liegt zum Kapitel „Parlamentarische“ eine Anzahl Anträge vor, die zur Unterstützung gestellt werden.

Die Parteigenossen des Kreises Leobschütz annehmen beauftragt, die Reichstagsfraction zu beauftragen, einen Antrag folgenden Inhalts im Reichstag einzubringen: Das Halten von Stimmen ist, da sterilisierte gewöhnlich ein völksmässiger und billiger Erfolg von Stimmenmässig ist, von Staats wegen zu verbieten und nur dann zu gestatten, wenn ein ärztliches Physische Attest für die Notwendigkeit dazu vorliegt und wenn die Stimme bereits verloren hat.

Die Verlesung des Antrags erregt Heiterkeit, der Antrag wird nicht genugend unterstützt.

Parteigenossen in Birkenfeld beantragen: Die Reichstagsfraction hat im Reichstag einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einschaltung der Gewerbegerichte und deren Ausdehnung in der Zuständigkeit auf Dienstboten und ländliche Arbeiter.

Die Parteigenossen in Aachen beantragen: Die Reichstagsfraction ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Arbeitentages und eines Minimallohnes.

Die Parteigenossen des Kreises Leibnitz-Berndorf-St. Veit beantragen: Die Reichstagsfraction hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche achtfündige Arbeitstag und die Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.

Die Genossinnen Gerndt-Berlin und Zetschin-Stuttgart beantragen:

1. Die Reichstagsfraction wird beauftragt, bei den bevorstehenden Berathungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau dem Manne gegenüber benachtheiligen.

2. Bei den bevorstehenden Berathungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheiratheten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises beantragen:

Die Reichstagsfraction hat darauf hinzuwirken, daß die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird.

Parteigenossen in Mannheim beantragen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraction zu beauftragen, in der nächsten Session einen Antrag auf Vereinheitlichung der ganzen Sozialgesetzegebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung) einzubringen.

Auf Anforderung der Versicherungsgesetze und der Gewerbeordnung, der Arbeiterschutzgesetze bezüglich noch weitere Anträge.

Schliesslich ist noch ein Antrag der eine einheitliche Regelung der Budgetabstimmungen seitens sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstage und den Landtagen beabsichtigt, von den Genossen Leibnitz-Berndorf eingebrochen worden.

Clara Zettl begründet in sehr temperamentvoller Rede ihren Antrag, indem sie darauf hinweist, daß die Stellung der Frau wirtschaftlich eine andere geworden sei. Die wirtschaftlich unabhängige Frau sei rechtlich auch im neuen bürgerlichen Gesetzbuche dem Manne gegenüber benachtheilt, ein unter den heutigen Verhältnissen ganz unhaltbarer Zustand. (Der Rednerin wird lebhafter Beifall von der Versammlung gezollt.)

Thiel-Halle begründet den Antrag der Parteigenossen von Halle: Der Parteitag möge beschließen, daß die Fraction im Reichstage diejenige Stelle im Präsidium beansprucht, welche ihr geschäftsordnungsmässig zukommt. Wenn der Antrag zur Annahme gelange, werde sich Genosse Singer noch lange keine Escarpins anziehen brauchen. Ein freiwilliger Verzicht auf ein Recht sei aber nicht angebracht.

Ehr Bremen begründet den folgenden Antrag der Parteigenossen in Bremenhaven: Die Reichstagsfraction wird beauftragt, an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, eine Statistik von den Seemannsämtern über die Zahl der in den drei letzten Jahren wirklich angemusterten Seeleute, im Gegensatz zu den im Handbuch für die Handelsmarine angegebenen Zahlen, herauszugeben, indem sich dann herausstellt, daß die Besatzung in keinem Verhältnis zu der Größe der Schiffe steht.

Der Redner führt zahlreiche Unfälle auf die in dem Antrage angezogenen Nebenstände zurück. Aus Erfahrung erzählt er von häufiger Aussetzung der Schiffsbefestigungen, für die oft Leute angeworben werden, die den ihnen dann später abliegenden Arbeiten gar nicht gewachsen sind.

In der Diskussion ist der erste Redner Groth-Rostock: Die zweite und letzte Rednerin, ist Frau Lutz-Berlin. Beide erklären sich mit der Thätigkeit der Fraction und dem Referat Wurms vollkommen einverstanden.

Abg. Wurm betont in seinem Schlusswort, daß die Parteipresse der parlamentarischen Thätigkeit, unterstützt durch gute Reichstagsberichte, die ihr zukommende Bedeutung zuerkennen und bekräftigt schliesslich, den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit spätestens vier Wochen nach Schluß der Session herauszugeben, damit er sich agitatorisch noch wirksamer erweisen könne.

Der Parteitag begrüßt mit den folgenden Anträgen:

Um das beständige Verhalten bei tatsächlichen Abgabestimmen im Hause der Abgeordneten zu erreichen, empfiehlt die Genossenbundes in Zukunft das Votum, die sozialdemokratische Delegierten-Kreisliste beim Vortrage, die sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten, sowie die Deputierten-Vertreter zu veranlassen, daß bei Abstimmungen über die Annahme oder Verwerfung des Gesammbudgets der Abstimmung zu enthalten, soweit sie nicht säumnische Posten verweisen.

Wieland wehrt sich gegen den Antrag, da nach dem Wortlaut des Antrags seien die Reichstagabgeordneten jetzt bei der Budgetabstimmung der Stimme enthalten müssten. Er habe auch keine Lust, die vorjährige Decade wieder aufzuwärmen, zumal Vollmar und Grillenberger diesmal nicht anwesend seien und weil er glaube, daß die Debatten in Frankfurt ihre Wirkung ohnedies haben würden. (Beifall.)

Der Antrag wird mit grosser Majorität abgelehnt.

Singer erbittet das Wort zu einer Mittheilung: Die hiesige Polizei hat dem Genossen Ellenbogen-Wien die Ehre erwiesen ihn als lästigen Ausländer zu betrachten und ihn ausgewiesen, wie ich höre weil er hier ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie ausgebracht hat und angeblich keine genügenden Legitimationspapiere besitzen soll. Wir können es der Polizeibehörde nicht verwehren, sich in den Augen der Welt zu discreditieren, wir können nur dagegen protestieren, daß dieser Parteitag durch die Abwesenheit Ellenbogens geziert werden könnte. Wir wissen, daß die österreichischen Genossen auch ohne einen persönlichen Vertreter, im Geiste an unseren Verhandlungen teilnehmen. Die internationale Seite der Socialdemokratie kann durch polizeiliche Maßregeln nicht beseitigt werden. (Lebhaftes Bravo.) Genosse Ellenbogen hat mich beauftragt, dem Parteitag seine Abschiedsgrüsse zu entbieten, ich bin überzeugt, daß auch der Parteitag dem Genossen Ellenbogen die Grüße an die österreichischen Genossen mitgeben wird. Möge er die österreichischen Genossen versichern, daß wir im Kampfe für die internationale Socialdemokratie und die Befreiung des Proletariats immer ermüden werden. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Diskussion über die einzelnen Anträge.

Bebel erklärt sich gegen den Antrag auf Einführung eines Minimallohnes, als den Parteigründzügen nicht entsprechend. Der Antrag wird daraufhin abgelehnt.

Der Antrag, im Reichstage den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu fordern, wird auf Antrag Bebel's durch Uebergang der Tagesordnung erledigt. Die meisten Anträge werden der Fraction zur Befriedigung überwiesen.

Der Antrag auf Zuspruchnahme eines Sipes im Präsidium wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Wurm ein Bild der einschlägigen Verhältnisse gegeben und besonders hervorgehoben hatte, daß alle übrigen Parteien bis zum Freisinn die höchsten Vorstellungen als mit dem Präsidialamt unzertrennlich verbunden erachten, eine Pflicht, die weder von der Geschäftsordnung noch von der Verfassung vorgeschrieben sei.

Dieser Gegenstand der Tagesordnung ist damit erledigt. Vorsitzender Singer verliest einige Begrüßungstelegramme und vertagt die Sitzung bis Nachmittag 3 Uhr.

2. Verhandlungstag. — Nachmittagsitzung.

Singer eröffnet die heutige Nachmittagsitzung mit der Mittheilung, daß das Breslauer Polizei-Präsidium wohl den für Mittwoch Abend in Aussicht genommenen Commers genehmigt, aber Proletarierlieder, Vorträge etc. verboten habe. Das seien hinterbüsische Zustände. Der Congres lasse sich wohl die polizeiliche Überwachung der Verhandlungen gefallen, danke aber bestens für eine Bedormundung. Er schlage im Namen des Präsidiums vor, unter solchen Umständen auf den Commers zu verzichten. Der Congres beschließt einstimmig, in diesem Sinne.

Die Sitzung soll morgen bis um 2 Uhr dauern. Am Nachmittag sollen die Gräber von Ferdinand Lassalle und Max Käffy besucht werden.

Der Parteitag tritt hierauf in den Punkt 4 der Tagesordnung: „Die Vorschläge der Agrarcommission zu dem Parteiprogramm“ ein.

Dr. M. Quarc Frankfurt a. M. erstattet Bericht über die Thätigkeit der Commission im letzten Jahre. Die Commission hat in ihrer Schlussfassung am 5. October den ersten Entwurf auf Grund der stattgehabten Discussion einer noch maligen Prüfung unterzogen. Das Ergebnis bestand darin, daß einige Punkte des zweiten Theiles des bisherigen Programms eine Erweiterung erfuhren und daß die eigentlichen Forderungen zur Landagitation vom Programm gesondert formuliert wurden. Die neuen Vorschläge der Commission lauten:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert zunächst:

1. Allgemeines gleiches directes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

2. Directe Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Fällige Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf verschiedenartigem Wege.

4. Abstimmung aller Genossen, welche die Rechte der auswärtigen Siedlung und des Rechts zur Befreiung und Verwerfung ausüben, bei unterschiedenen

5. Abschaffung aller Strafe, welche die Rechte der auswärtigen Siedlung und privaten Güter der auswärtigen Siedler bedrohten.

6. Befreiung der Religion zur Privatnutzung. Abschaffung aller Auflagen aus öffentlichen Bildern zu Predigen und religiösen Zeremonien. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weilichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch bei öffentlichen Volkss- und Fortbildungsschulen, Einschaltung auswärtiger gewerblicher und landwirtschaftlicher Hochschulen, Wandecksteine, Meisterwirtschaften und Werkstudios. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Höhle zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspleide und des Rechtsverständnisses. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Besteitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechend Beseitigung aller Realsteuern (Gemebe, Haus- und Grundsteuern). Selbststeuernschaffungspflicht. Erbschaftssteuer, Stufenweise, steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutz der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Fortsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheissen.

d) Eine unterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trübstests.

Gleichgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

2. Überwachung aller Betriebe, Erforschung, Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern für Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeitern und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gefindeordnung.

4. Obligatorische Gewerbegerichte zur Schlichtung aller aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis hervorgehenden Streitigkeiten.

5. Sicherstellung des Coalitionsrechts.

6. Übernahme und Vereinheitlichung der Gesammitarbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgerichtliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Arbeits- und Dienstverhältnis stehenden Personen.

Weiter empfiehlt der Parteitag im Interesse der Landeskultur und zur Hebung der Lage der Landarbeiter und Kleinbauern den Genossen folgende Forderungen für die Agitation und für die Thätigkeit in den öffentlichen Körperschaften:

1. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbstständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörpern, Patronatsrechte, Fideikommiss, Steuervorechte u. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art von Erbunterhäufigkeit.

2. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundbesitzes (Staats- und Gemeinde-Eigenheit jedes Art) insbesondere Überführung des Besitzes der toten Hand (Corporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Kleingemeinden, der Wölber, der Wasserkräfte in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechtes der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

3. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindelande reien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, wo Beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstwirtschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

4. Staatscredit an Gemeinden oder obligatorische Verbände zum Zwecke der Bodenverbesserung, der Feldvereinigung, des Baues und der Unterhaltung von Deichen und Dämmen.

Übernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege und Wasserläufe) auf den Staat oder das Reich.

5. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden mit Festlegung des Zinsfußes nach Höhe der Selbstkosten.

6. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Versicherung gegen Feuer, gegen Hagel, Wasser und sonstige Schäden in Folge von Naturereignissen, Viehversicherung u. s. w.) und Ausdehnung der Versicherung auf alle Betriebszweige.

7. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

• Durch Jagdwesen auf eigenein und geplünderten Räumen
Verfolgung von Wild- und Jagdtreibern, geplünderten Tieren
hohe Strafzölle

„Der Parteitag wolle beschließen: Wederdem daß Wandel der Agrarcommiffionen erfolgen ih, der auftragt der Parteitag den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der Bereits in den Agrarcommiffionen gegebenen Verteilungen eine Wählung geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, die über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Schriften veröffentlich als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldauswendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen.“

Waddeben Dr. Quarré die äußerlichen Vorgänge in der Commission behandelt hatte, geht er weiter auf die

... verwandelt hatte, geht es weiter auf die Discussion und den Programmenvorschlag ein. Die Hauptfrage ist gewesen, Revolution oder Reform. Sollen wir der Landesverfassung gegenüber unsere Parteiliegenschaft aufzugeben und nur noch reformieren. Unsere ganze Culturentwicklung drängt darum hin, daß Privateigentum aufzugeben und ein freies Leben in den Besitz aller Produktionsmittel zu setzen. Es ist natürlich unsere Aufgabe, dieses unser Ideal so schnell als möglich zu erreichen. Allein man soll das eine ihm und uns andere nicht vergessen, also revolutionieren und reformieren. Wir wollen einmal die Besitzer revolutionieren und gleichzeitig die Verhältnisse verbessern, selbstverständlich nur jenen Dingen verbessern, die auf dem Wege zu unserem offenen Ziele liegen. Es ist ebenso selbstverständlich, daß wir unser revolutionäres Programm nicht aufzugeben, um die Landarbeiter zu gewinnen, wir wollen nicht gleich den Jungen Landarbeiter gewinnen, um einige tausend Stimmen bei den Wahlen mehr zu haben, sondern wir wollen aus ihnen überzeugte Sozialdemokraten machen. Wir haben ja die städtischen Arbeiter auch nicht leicht gewonnen, es giebt für uns sogar heute noch in den Städten viel zu thun. Wir lassen uns sehr wenig zutrauen, wenn wir nicht baran treiben, auch die Landarbeiter zu revolutionieren. Auch die Pflege für die Landwirtschaft kann ihre eminent revolutionäre Seite haben, wenn wir uns nämlich behutsam aufstellungsreicher Forderungen mit der Landeskultur beschäftigen. Es ist vielfach gefragt worden, an wen wir uns mit unseren Vorschlägen eigentlich wenden wollen und das Wort von mir überhaupt nicht zu gewinnenden Kleinbauern ist oft gehört worden. Der Kleinbauer ist aber schon merklich proletarisiert und wohl für unsere Lehren empfänglich und dieser Kleinbauer nicht etwa eine süddeutsche Novität, nein auch im alten Deutschland ist er zahlreich vertreten und numerisch Großgrundbesitzer überlegen. Um wenigsten Erfolge zu erzielen, werden wir gerade bei der schon völlig proletarisierten Landesverfassung zu verzeichnen, aber gerade besser situierte Bauern Süddeutschland gehören schon heute zu uns. Auf dem Lande sind gar viele Schmerzen zu lindern. Die ganzen Verhältnisse auf dem Lande sind für die Besitzenden, die Großbauern zugeschnitten, die Landarbeiter seufzen unter Gesindeordnungen und polizeilichen Rückführungsmaßnahmen, die nur dem aussbeuterischen Unternehmertum dienen. Sozialdemokratie hat sich der Bedrückten auch auf dem Lande einzunehmen, sie wird dabei nicht so utopistisch sein, den Rücktritt des Großbetriebs künstlich aufzuhalten zu wollen. Es antwortete auf die Frage nach unserer heutigen Stellung

is aufzuheben auf die Verteile nach unserer heutigen Stellung
Bauern, wir müssen ihm bei der heutigen capitalistischen
Auctionweise alle möglichen Erleichterungen zu verschaffen
an. Das für solche Zwecke ausgeworfene Geld könnte
der capitalistischen Oekonomie als weggeworfen erscheinen,
in Wahrheit sehr gut angelegt. Also Engels steht auf
der Gedanken, die uns bei unserem Entwurf des
Programms geleitet haben. Es kann darüber gar
n Streit geben, daß der Landproletarier von uns eben-
ensiv geführt werden muß, wie der Industrieproletarier.
Arbeit ist schwierig, aber deshalb nicht weniger
versprechend. Neben die Vorschläge lassen wir natürlich
uns reden. (Ruf: Sehr gültig!) Aber eine Richtigkeit
vorhanden sein, denn gerade das Fehlen einer Richtig-
keit in anderen Fragen befördert nicht die Principientreue,
in die Stegemüllerei. Möge die Sozialdemokratie neue
erhalten, wenn sie sich in die Agrarfrage vertieft, rech-
bar nach jetzt Richtung hin. (Ruf: Ja!)

In die Reunercommission sind gewählt worden: Univ.-Prof. Dr. Sieß-Straßburg, Buchwald-Altenburg, Döhlen-Halberstadt, Dr. Ritter-Hamburg, Herbert-Stettin, Hille-Fürst, Löbenburg, Max-Hannover, Frau Rohrlack-Berlin.

Das Wort erhält Sophie als Correspondent. Der Kurfürst ist in seiner Hauptrolle eine Nebenrolle des neuen agrarischen antikapitalistischen Agrarprogramms. Die Kurfürsten haben dieses Programm nicht zu fördern. Sophie hat gesagt, man solle ja eine Art menschliches Verhältnis mit den Kommunistenmitgliedern haben. Nun ja verständlich war die Kritik nicht. Wenn ich menschliches Verhältnis und Kritik empfinde, so habe ich es mit den alten Kommunisten, die sich von jungen Seiten, die noch gar Erfahrung in der Partei haben, die Agrarfrage aufmerksam und literarisch nicht beschäftigen, haben. Das kann ich nicht verstehen.

bielen nehmen lassen und jede Querstrebewei mitge-
haben. Bei den aufgestellten Vorbereitungen hat die
Wissenschaft in ihrer Gemeinschaft keinen Faden. 3. S.:
ordnung und Erweiterung der bestehenden Rechte
und Weiderechte ist ein Winding schon im Interesse
Sicherung der Wilder. Durch zu großen Überschreitung
der ganzen Wilder zu Grunde gegangen. Sind
den Weiderechten auf die Weiderechte der Grund
mit einzubeziehen? Das geht noch nicht. Auf welche
Weise müssen wir beginnen. Hollmer hat noch in
seiner Session nach den Einwänden vom Steppenweg
in boxsteinform zurückgezogen, daß er ein Beispiel einer
Verhältnisse habe im Interesse der Beute nicht
gelingt halte. Das die Wild- und Weiderechte sich
überlappen, bringt die Entwicklung mit sich. So, das
wir in seinem Lenz, holt auch kein Jagdprogramm.
Die Wege, die bei dem früheren kommunalen Re-

niest, haben gleichen Wegen drohten, daß nun der Zoll prüfungen geworfen. Man warf eben nicht geworfen, um und es flog bombast, mit haben mit den kleinen Freuden. Ganz anders haben. treten wir für solche Verherrungen ein und fordern doch bloß ihr Rechtsgutachten. (Mutter rückt.) Die Ablösungen sind häufig verfehlt. Intellektiv Gewalt. Das bestreite ich nicht, aber ebenfalls ist es zu betreten, daß viele Bauern auf die Ablösung ihrer Mietrechtslast bringen müssen, daß sie davon Wuppen haben. Man kann solche Rechte nicht aufrecht erhalten, denn durch Rechte und vielleicht Missbraüche bei Weibern und können solche Dinge nicht einzumai für die Bauern fordern. Da wir als Staatsbürger Interesse an der Schaltung des Staatsvertrages haben müssen.

Der Entwurf verlangt Vergrößerung des Gemeinde-
indest. Man will doch Gemeindetriebe nicht mit sozi-
alistischem Betrieb identifizieren wollen. Mit dem Sozialsta-
at hat der Gemeindebesitz nicht das Mindeste zu
tun. Die Almenden haben ihre Bedeutung ver-
loren, selbst in der Schwetz, wo sie noch am
häufigsten entwickelt sind. Was haben wir von Partiewegen
für eine Verpflichtung, für solche Almenden einzutreten, die
in Württemberg zwischen 2 und 10 Morgen groß sind. Wo
die Almenden irgendwie einflussreich sind, nimmt die
Schollenleberei zu und wenn wir sie vergrößern, so thun
wir nichts anderes, als der Gutsbesitzer im Osten auch thut,
wenn er seinen Arbeitern ein Stückchen Land bleibt und sie
stellenpflichtig macht. Dafür werben wir doch nicht ein-
ten wollen. Die Vermehrung der Almende ist heute eine
Forderung aller Agrarpolitiker, die die Landbevölkerung

erforderung einer Eingruppierung, die die Landesbevölkerung
haft machen wollen. Eine dritte von uns aufgestellte
Forderung ist die Verstaatlichung der Grundschulden, auch
e Forderung, die die Antisemiten im Programm haben,
das Centrum in seinem Programm andeutet, die auch
dere Parteien aufstellen. Herrn Liebermann v. Sonnen-
g haben wir diese Forderung entnommen. Herr v. Kar-
ff hat beim Herumziehen in seinem Wahlkreise den
Leuten die Erfüllung dieser Forderung versprochen. Die
Götter sind blos weitsichtiger als wir, sie sehen
dass sie gewisse Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft
abändern müssen, wollen sie sich von ihren Schulden
entfernen. Wir erreichen mit dieser Forderung gar nichts,
wir reißen dem Bauer Honig um den Mund und nützen ihm
nichts. Die bürgerliche Gesellschaft ist verfaulend und

nichts. Die bürgerliche Gesellschaft ist consequent und mit dem Anerbenrecht dem Einzelnen, mögen die gen zum Proletariat gehören. Das hilft auch demjenigen, im Bauernstande bleibt. Wie werden denn aber die Kindsschulden verstaatlicht? Doch auf Kosten der Arbeiter müssen doch die Ausführung der Forderungen den Arbeitern überlassen. Der Staat zahlt die Schulden aus den Taschen der Steuerzahler, d. h. für die nächsten Jahrzehnte aus den Taschen der Arbeiter. Ich habe auf die Veröffentlichung des süddeutschen Entwurfs gedrungen, weil er deutlichstens zeigt, mit welcher Unkenntniß und welcher Gewissenhaftigkeit dort gearbeitet worden ist, welche gute und erfahrene Parteigelehrten auf jede Charlatanie hereinfallen. Als ich den Entwurf las, fiel mir sofort die Ähnlichkeit mit dem Gesetzentwurf einer reaktionären Regierung eines großen Reiches auf, der vor Jahren bereits erschienen ist. Es handelt sich um den Entwurf der österreichischen Regierung für die Errichtunglicher Betriebsgenossenschaften und der Urheber dieses Entwurfs ist der erzreaktionäre Graf Faltenhain, dem auch der österreichische Bergbau untersteht, an dessen Fingern das

der in Ostpreußen erschossenen Bergleute fleht. Eine An-Bestimmungen decken sich in beiden Entwürfen wördlich. gut, daß Graf Falkenhayn nicht in Preußen Minister wir hätten dann vielleicht noch mit Huttah bei Gesetzentwurf einschwenken müssen. Und alles, weil ein paar Leute, die nicht ein- soviel Wissen besitzen, um zu ahnen, für welche sie Geschäfte besorgen an der Partei herumdoctern. (Große Heiterkeit). Seit 15 Jahren, die ich in der stehe, habe ich ja etwas noch nicht erlebt. Deshalb mich verpflichtet, der Kette die Schelle umzuhängen. können den Bauern nicht gleich den Bauernbündeln Verbrechungen machen. Und wenn wir nun den Theil des Programms anfügen, dann könnte jeder, manche Forderungen spontanisch zu uns herüber. Alle Antisemiten, die freilich außer den Grund- en auch ihre Personenschulden verstaatlichen wollen, um dann halb und halb zu uns kommen. In welche Weise würden wir aber dann getrochen? Ich es für ein Glück, daß diese Leute ihre eigenen geben und vorläufig gegen uns organisierten. ohne die jungen Generäle, die vielleicht in der Nachbar- antisemitischer Wahlkreise sitzen, die antisemitischen Forderungen zu übernehmen, sie treiben somit den Teufel selbstgebüd aus. Wenn nach der langen Discussion diese

aber ihr Recht noch nicht einzehlen, dann werden die Arbeiter die Bege bejten müssen. (Lächerlicher Beifall.) Sittie, lassen Sie die reinen Gedanken beiseite. Wir wollen den Knecht heranziehen, müssen ihm aber sagen, er als Besitzer keine Zukunft hat, sondern ein Belegschafter, wenn er mit uns kämpft. Wir wollen nicht um Schwung aufzutunzen und nicht einzehen. (Lächerliches Lachen.) Der berichtigt auf dem Hoffe sitzt und statt eines den Schwung in der Hand hat. (Schlafsturz.)

Breslau, den 9. October 1895.
Handlungstag. — Vormittags-Sitzung.
Sinacl schenkt die heutige Sitzung mit der St-

Der Vorsitzende erinnert die bewillige Sitzung mit der Ver-
einigten Begrüßungsschriften.
Der Vorsitzende tritt in die General-Diskussion über die
Bewilligung ein.

Die Gräfinen F. Kuntz, C. Zellw., Anna, Gräfin,
Dame Dresden, Sophie, Gräfin-Berlin, Flemming,
n-Dresden, Belle-Franzburg, Louise, Gräfin-Hamburg 3,
Bensberg, Elisa Drax, Sophie, Hans Sted-
und, Otto für, Rieger, Hel. Singer, J. Kuet,
Hilf, Sang, August König, Carl Mies, Stadtbergen, be-
z.

Der Soz. Soz. Arbeiters-Partei-Gesamt-Komitee zum Ausdruck gebrachte die Meinung des Proletariats in der Deutschen Demokratischen Republik über die Geltung dieser Vorschriften und darüber, ob die Verteilung nach Gewerkschaften im Rahmen einer sozialen Sicherung der sozialen Strukturierung ihres Organisationsbestandes; es rätselt das Interesse des Proletariats an einer bewilligten Gewerkschaftsordnung für ein Jahrzehnt bekräftigte, und doch ist das Interesse der Parteikomitee an dem Jahrzehnt der Zukunft der Industrie unter der Ordnung des Betriebs Eigentum an den Produktionsmitteln ein Jahrzehnt der Zerstörung der Produktionsmittel, der Kusbeuter des Proletariats. Erneut zeigt der Entwurf des Wirtschaftsprogramms in Kusbeutelstaat neue Waffentmittel zu und eröffnett tatsächlich den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt er einen Entwurf dem kapitalistischen Staat Kusgaden, die nur in Staatswesen erschlechtlich zur Durchführung bringen kann, dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft
die eigentümlichen von denen der Industrie verschiedenen
Festzeuge hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die
sozialdemokratische auf dem freien Lande eine gesetzmäßige
Wirklichkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Partei-
erstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von
der Agrarcommission gegebenen Anregungen eine Anzahl
eigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die
deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem
ständlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse
dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen ver-
öffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der
sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Aufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten belten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu möglichsten.

Müller-Münch vertritt den folgenden Vorschlag:
Die eigenen der beiden Münchener Kreise: den Agrar-
gramm-Entwurf an einen Agrarausschuß zurück zu ver-
schen mit dem Auftrage, die tatsächlichsten ländlichen Ver-
hältnisse der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen, die
wissen in angemessenen Zwischenräumen über ihre
Tüchtigkeit auf dem Laufenden zu halten, und das Ergebniß
der Arbeiten dem nächstfolgenden Parteitag zu unter-
breiten.

Der Antrag stelle die Forderung einer sorgfältigen
fung der thatfächlichen ländlichen Verhältnisse als Vor-
ngung weiterer Schritte in der Agrarfrage auf. Die genaue
ntniz der ländlichen Verhältnisse sei aber in der Partei
nicht so weit gediehen, um schon jetzt ein Programm
ustellen. Den Eindruck habe er sowohl aus dem Vortrage
Referenten, wie des Correferenten erhalten. Was der
osse Schippel über die Waldbrechte gesagt hat, ist wohl
ganz richtig. Die Entnahme von Streu ruinirt den
d nicht, im Gegentheil. Da wo die Streu liegen blieb,
e sich der Kiesernadelsspinner und die Ronne ein. Anderer-
würden in einzelnen Districten die kleinen Leute, wenn
n die Streu entzogen wird, thatfächlich den Hüngerode
liefert. Die bayerische Regierung, als deren Antwalt sich
ppel gestern aufgespielt habe, sei inzwischen zu anderer
zeugung gekommen, wozu besonders die Fuchsmauls-
tre beigetragen habe. Er resumire dahin, die Zeit für
Agrarprogramm sei noch nicht gekommen, er bitte um
ahme der Schlusresolution der Commission.

Arbeiterbewegung.

Wetter und Eisäler! Der

amten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Welle's Berlin, Engelusser 1a, dauert unverändert fort.

Der Burstenmacherkredit in Berlin ist zu
nsten der Arbeiter entschieden. Es befinden sich nur noch
aige Collegen im Ausstand. Die Forderungen der
Arbeiter sind von den meisten Unternehmern schon in der
en Woche bewilligt worden.

Die freilenden Bergolden Berlins hielten am October in der Ressource eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab um zu dem Schiedsspruch des Gewerbe-richts Stellung zu nehmen, durch den die Forderung der freilenden nach einem Minimallohn zurückgewiesen worden. Einig war man sich darüber, daß die Fabrikanten nicht die Forderung nach Wochentagslohn eingehen würden. wurde dann mitgetheilt, die Lohncommission habe sich an Gewerbegericht, bezüglichlich an dessen Vorsitzenden gistratsassessor von Schulz, mit dem Antrage gewandt, diese Eingangsversuche anzubahnnen, diesmal der Basis der Forderung einer prozentualen Erhöhung Accordsätze, steigend bis zu 33 $\frac{1}{3}$ Prozent. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen der Lohncommission erstanden.

Der Streit in der Lederfabrik von Gebrüder
e in Lein (Inhaber Meinke) in Berlin dauert un-
endlich fort. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um-
rufen gebeten. Briefe und Geldsendungen sind zu richten.
Fritz Letche, bei A. Vogel, Restauration, Elbinger-
str. 9.

Gerichtliches.

Leipzig, 8. October. Das Reichsgericht verfügte die Revision des Kaufmanns Carl Paasch, welcher Berlin am 17. Mai 1893 wegen Beleidigung des damaligen Justizministers v. Schelling, des Legationsrates des Kaiser und des Auswärtigen Amtes zu 15 Monaten Haft verurtheilt worden war.

Wegen Beleidigung des Königlichen Gouverneurgerichts zu Thorn hatte auf Antrag der genannten wurde die hiesige (Thorner) Königl. Staatsanwaltschaft in den verantwortlichen Redakteur der „Thorner Offizirischen Zeitg.“, Friedrich Stetschmer, öffentliche Anklage er- rückt und am 27. Juli die Nr. 166 der „Thorner Offizirischen Zeitung“ wegen eines Artikels beschlagnahmt, in dem mehrere von einem Offizier der Thorner Garnison, Tenant Hänel, verübte Sittlichkeitsver- taten beiprochen waren, woran sich mit Bezug auf die Art des Verbrechens einige kritische Bemerkungen über geheimes Militärstrafverfahren knüpften. Am 7. Septem-

so die Strafkammer das Urteil einen Haushalt mit kleiner Hauptrichter bestätigt und beschloß, im Haushalt der königlichen Strafkammer selbst vom August aus auf Erhöhung des Gesetzestatuten abzusehen und die Rechte des Reichsgerichts der Stadt zu lassen für Gott zu legen.

Gegen diesen Urteilshalt hatte die königliche Staatskanzlei sofort Beschwerde beim königlichen Oberlandesgericht zu Marburg erhoben, der Strafzettel dieses Gerichts bot jedoch am 20. September die Rechtheit bestreiten zu den Ausschreibungen des angefochtene Beschlusses bestreiten ist, woraus sich ergiebt, daß die Eröffnung des Hauptverfahrens mit Recht abgelehnt worden ist. Auch in Marburg wird er giebt es, wie man herausstellt, noch Rechtheit.

Der fälschliche Reserve-Offizier. Großes Aufsehen macht in der ganzen Pfalz eine Affäre, die dieser Tage vor dem Schwurgericht in Kaiserslautern ihren Abschluß fand. Auf der Anklagebank saß der 28 Jahre alte Gustav Schleicher und Reserve-Offizier Karl Wölfe aus Müsbach, einer reichen Familie entstammend, dem zur Last liegt, im Frühjahr dieses Jahres vor dem Landgerichts- und Untersuchungsrichter Hanckel in Neustadt auf dem Rathause dadurch einen Mord geübt zu haben, daß er wider besseres Wissen beschwore, er habe in der Wirtschaft von Grünenbaum, nördlich des Gesellschaftshauses Neustadt nichts Unstiftliches bemerkte, auch selbst nichts Derartiges gehabt. Diesen Eid leistete er in einer Voruntersuchung, welche damals gegen die betreffenden Wirtschaften wegen Appelle eingeleitet worden war. Die Distanzschule war während der Verhandlung ausgeschlossen. Die Geiste neinten die Frage nach Meinheit, bejahten aber die Frage nach fahrlässigem Fälschereid. Dementsprechend verurteilte das Gericht, der „Pf. Presse“ zu folge, den Angeklagten zu dem Strafmaximum von einem Jahr Gefängnis unter Anerkennung der Untersuchungshaft in der Dauer von drei Monaten.

Sociales.

Breslau, den 9. October 1895.

* **Der Fest-Commissar,** der für heute Abend zu Ehren der Delegirten bestimmt war, findet laut Beschluss des Parteitages nicht statt, weil das hiesige Polizeipräsidium, wie bei andren Gelegenheiten, den Vortrag der eingereichten Lieder, Couplets etc. verboten hat. Genosse Singer bemerkte hierzu u. a. sehr zutreffend, er habe beim Lesen des behördlichen Bescheides in der That das Gefühl gehabt, als ob wir uns in Bordersibirien befänden. Der Parteitag beschloß darauf, die heutige Nachmittagsitzung auszufallen zu lassen, um die Gräber von Lassalle, Reinders, Kräcker und Kaiser zu besuchen.

* **Achtung, Schneider und Schneiderinnen!** Donnerstag, den 10. October, Abends 8 Uhr, findet im großen Saale des St. Vincenzhauses ein öffentliche Versammlung für alle in der Schneiderbranche beschäftigten Personen statt, in welcher Reichstagsabgeordnete College Paul Reißhaus aus Erfurt über die wirtschaftliche, technische Revolution im Schneider-Gewerbe sprechen wird. Collegen und Colleginen! Es scheint recht zahlreich.

* **Grober Unfall.** Der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, Genosse Bahn, hatte heute eine Vernehmung wegen obigen Delictis in 2 Fällen. In einem Hause soll grober Unfall dadurch verübt worden sein, indem die Parteigenossen einer Stadt in der Provinz ersucht werden, ihren Bedarf an Cigarren bis auf Weiteres nicht von einer Fabrik zu decken, deren Arbeiter wegen Lohnabzügen im Streit sich befinden. Im zweiten Falle wurde dasselbe Vergehen in einer Notiz gefunden, welche besagt, daß eine hiesige Zigarettenfabrik gesperrt und jede Nachfrage nach Arbeit zu vermeiden ist. — Wäre es nicht einfacher, das Coalitionsrecht gleich ganz aufzuheben?

* **Die Personenbeförderung in Breslau** mit der wachsenden räumlichen Ausdehnung der Stadt und noch mehr durch die Schaffung billiger und bequemer Verkehrsmittel ganz erheblich und schnell gestiegen. Es zeigt sich in den steigenden Beziehungen der beiden Straßenbahnen, welche die Beförderung in der Stadt und nach den Vororten vermittelten. Im September betrugen die Einnahmen der Breslauer Straßenbahn in den letzten drei Jahren; 1893 84,811 Mark, 1894 92,273 Mark und 1895 104,136 Mark. Der steigende Entwicklung hat die elektrische Straßenbahn keinerlei Anlaß gehabt. Dieses Unternehmen, durch minder verkehrsreiche Routen geführt, giebt eine Bestätigung des Sozes, daß der Verkehr sich seine Bahnen schafft und die Steigerung des Verkehrs auf den Linien der „Elektrischen“ ist eine geradezu überraschende gewesen. Die September-Einnahmen betrugen 1893 55,243 Mark, 1894 65,103 Mark. In ähnlicher Weise steht die Personen-Dampfschiffahrt erfreuliche Fortschritte im Unterwasser, wie im Oberwasser.

* **Fleischpreise in Breslau.** Nach amtlicher Feststellung kostete im Monat September im Geschäft: Rindfleisch im Großhandel

pro 100 Rile wie im September 120 M. Im Kleinhandel pro 1 Rile Rindfleisch von der Rulle 1,25 M., Rindfleisch vom Rind 1,25 M., Schweinfleisch 1,30 M., Kalbfleisch 1,40 M., Hammelfleisch 1,40 M., geräucherter Speck, Wurst, 1,70 M., Schweineohrmast, biesiges, 1,70 M. — In den 30 Fleischläden des Breslauer Regierungsbereichs stellen sich die Preise für Rindfleisch im Großhandel pro 100 Rile um höchstens in Breslau und Nimsch 120 M., und um niedrigsten in Wartenberg 85 M.

* **Im Unterlauf der Oder** fiel in der Nacht zum Montag das Wasser plötzlich um einen Fuß, so daß Dampfer und Rähne im Breslauer Hafengebiet festliegen. Als Grund wird angegeben, daß Wasser werde in den Saliungen der oberen Oder zurückgehalten, um am 16. October den fertigcanalisierten Theil dem Verkehr übergeben zu können.

* **Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Die Theatercommission hat mit der Direction des Stadt-Theaters ein Abkommen getroffen, wonach auch in diesem Jahre wiederum regelmäßig Volksvorstellungen stattfinden werden. Die Abonnements werden unter der Bezeichnung „Gruppe C.“ ausgegeben. Die erste Vorstellung findet am Donnerstag, den 10. October statt. Zur Aufführung gelangt das Laube'sche Schauspiel „Die Karlsruher“. Die Commission gibt zu den einzelnen Abenden Billets zu folgenden Preisen aus: Erster Rang, Voge und Proscenium 75 Pf., Mittel-Balcon und Parquet 60 Pf., Seiten-Balcon, Sperrstühle 50 Pf., zweiter Rang 40 Pf., dritter Rang und Sitz-Gallerie 20 Pf.

* **Die Karlsruher** sind deshalb gewählt worden, weil in diesem Stück der Kampf zwischen dem Geiste der Freiheit und dem Geiste der Tyrannie, sowie der naturnothwendige Sieg der revolutionären Ideen prächtig veranschaulicht wird. Im Mittelpunkt der Handlung stehen Friedrich Schiller und jener Herzog von Württemberg, der sich in seiner „Karlsruher“ getrene Lakaien und Bewunderer seines väterlichen Regiments erziehen wollte, und der den berühmten Dichter Schubert, dessen Geist er fürchtete, auf der Festung Hohenasperg durch den frommen und bibelstellen Kommandanten auf das Entsetzlichste quälen ließ. — Es wird hierdurch auch den anwesenden Delegirten des Parteitages Gelegenheit geboten, eine der so schnell populär gewordenen Volksvorstellungen besuchen zu können. Der Vorverkauf der Billets findet nur Donnerstag früh von 9½ bis 11½ Uhr im „Kronprinzen“, Fürstengasse und Mittags von 12 bis 2 Uhr an der Kasse des Thalia-Theaters statt.

* **Der Circus Schumann** langt am Freitag den 11. d. Mts., Vormittags 10 Uhr von Krakau kommend mittels Extrajuges hier an. Die Vorstellungen derselben im Gebäude des Circus Menz nehmen am Sonnabend ihren Anfang.

* **Stadt-Theater.** Mittwoch findet eine Wiederholung der komischen Oper „Das Blümchen des Krements“ statt. Am Donnerstag geht C. M. von Webers romantische Oper „Der Freischütz“ in Scene. Von der ersten diesjährigen Opern-Robitut „Der Evangelimann“ von Wilhelm Kienzl, welche noch im Laufe dieser Woche zur Aufführung gelangt, sind die Bühnenproben in vollem Gange.

* **Woden-Theater.** Wodrow's neuestes Stück „Pastor Brose“, das auch bei der zweiten und dritten Aufführung vom Publikum mit demselben Beifall, wie bei Premiere, aufgenommen wurde, gelangt in dieser Woche außer morgen Mittwoch noch Donnerstag und Freitag zur Aufführung. Für Sonnabend ist die Premiere von „Gräfin Frixi“, dem neuesten erfolgreichen Lustspiel von Oscar Blumenthal, angesetzt.

* **Interims-Theater (Tivoli).** Auch die zweite Aufführung des Lustspiels „Der Störenfried“ war sehr gut besucht. — Morgen, Donnerstag, wird „Die Waise aus London“ mit Fräulein Lucie Bogatchy in der Titelrolle gegeben. Das Lustspiel „Eine Frau, die in Paris war“ ist vorläufig vom Spielplan abgesetzt.

* **Concordia-Theater.** Wie bereits mitgetheilt, wird gegenwärtig „Das vierte Gebot“ von Ludwig Anzengruber einstudiert. Morgen Donnerstag wird „Die junge Garde“ wiederholt.

* **Friedrich der Große.** Festspiel von Max Lüdner, im St. Vincenzhause. Heute findet als Schlussaufführung eine Schülervorstellung statt. Die Preise sind bekanntlich: Saal-Sitzplatz 75 Pf., Tribüne 50 Pf., Stufenplatz 30 Pf. Der Billetverkauf findet nur im St. Vincenzhause statt.

* **Unglücksfälle.** Montag Abend kam ein 81 Jahre alter Monteur von der Weißgerbergasse auf der Elisabethstraße zu Fall und zog sich dabei eine bedeutsche Kopfwunde über dem linken Auge zu. Er wurde in einer Droschke zum Allerheiligenspital zugeführt. — Auf der Vorwerkstraße starb zu dieser Tage eine 33 Jahre alte Frauensperson, die einen Topf mit siedend heißer Brühe forttrug, von Krämpfen befallen, zu Boden, wobei ihr der ganze Inhalt des Topfes über den Leib floß, sodass sie schwer verbrüht wurde. Die Bergungslinde wurde in der Krankenanstalt Bethanien untergebracht.

* **Vermisst** wird das 8 Jahre alte städtische Pflegekind Selma Sverling, das sich bei dem Schuhmacher Carl Vieze, Fischergasse 24, in Pflege befand und von diesem zur Erledigung eines Auftrages am 4. d. Mts. auf die Friedrich-Carl-Straße geschickt worden war, von dort aber nicht zurückgekehrt ist. Das Mädchen war mit einem dunkelbraunen, schwarz ge-

streiften Käppchen, einer kleinen Schürze, brauer Strumpfen und Schürschleife bekleidet.

* **Aus dem Wallstraße 101.** In das Wohnstünglich wurden am 1. d. Mts. 20 Personen eingezogen. Ein handeln kann; ein Raum mit Bettwiegern im Bereich von 20 Platz, ein Spannungsraum, zwei goldene Täschchen, von denen die eine mit Gold geprägt ist, ein Kissen und ein weiterer Raum mit weißen Vorhängen und mehrere Postkommunikationen mit Inhalt.

Schlesien.

* **Wohlitz, 7. October.** In der Strafkammerversammlung am 28. September d. J. erfolgte wegen Erpressung die Verurteilung des Häuslers Mannack aus Ober-Sohra zu sechs Monaten Gefängnis; daß ihm seines noch zur Last gelegte Verbrechen des Meineids soll in der demnächst beginnenden Schwurgerichtsperiode zur Abschaffung gelangen. Mannack hat sich aber in vergangener Nacht in der Hölle des hiesigen Gerichtsgefängnisses das Leben genommen.

* **Wohlitz, 8. October.** Wegen Wocher ist vom Landgerichte Wohlitz am 4. Mai der Tischdeckermüller Friedrich Hermann Lindfleisch zu 6 Wochen Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Als Geschädigter kommt ein Fuhrunternehmer St. in Betracht, welcher etwa 60 Pf. Zinsen zahlen mußte. — Die Revision des Angeklagten, welche ungenügende Feststellung der Nothlage beauptete, wurde vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

* **Wohlitz, 8. October.** Wegen Kirchenbeihilfe standen die jugendlichen Peter Wyczelok und Ludwig Piechaczek, beide aus Babitz, am Sonnabend vor der Gleiwitzer Strafkammer. Am 6. September er entwiedete Wyczelok aus einem in der Sacristei der katholischen Kirche verschlossenen Schrank den Betrag von 70 M. Piechaczek 1,70 M. Das Urteil lautete, wie der „Obersch. B.“ meldet, bei dem Erstangestellten auf ein Jahr und bei W. auf vier Monate Gefängnis.

Aus den Nachbarprovinzen.

* **Posen, 8. October.** Wie es mit der Volksaufklärung bei uns im Ost. steht, das hat wieder einmal klar und deutlich ein Fall gezeigt, der am Sonnabend vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Posen verhandelt wurde: der der „Pos. Btg.“ zugehörende Bericht lautet: In der Sonnabend-Sitzung der ersten Strafkammer wurde gegen den Arbeiter Valentin Koscielniak aus Kurnik wegen Sachbeschädigung, Bedrohung und Körperverletzung verhandelt. Der Angeklagte war wegen dieser drei Straftaten vom Schöffengericht verurteilt worden, er hatte aber Berufung eingelegt. Koscielniak gibt folgende Schilderung des Sachverhalts: Die Tagelöhnerin Katharina Szczasniak in Kurnik sei eine Hexe. Sie habe seine Chefrau vertraglich verhext, daß letztere thielweise gelähmt sei. Er habe nun in Erfahrung gebracht, daß wenn man einer Hexe etwas wegnehme und verbrenne, die Hexe gesund würde. Am 26. Mai habe er der Szczasniak die Haube vom Kopfe gerissen und sie verbrannt. Als die Szczasniak ihn deshalb ausgeschimpft habe, habe er zu ihr gesagt, wenn sie ihn etwa auch behexen würde, würde er zu sie tödlich schlagen. Durch die Vernehmung der Szczasniak wird noch festgestellt, daß der Angeklagte sie zur Erde geworfen und ihr einen Stoß versetzt habe. Der Vorstehende machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß es in der ganzen Welt keine Hexen gebe, der Angeklagte bleibt aber dabei, er glaube daran, es gebe Hexen und die Szczasniak sei eine solche. Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde die Berufung verworfen. — Mit solchen Sachen haben sich also noch im Jahre des Heils eintausendachtundfünfundneunzig die preußischen Gerichte beschäftigen. — Woher kommt es, daß das Volk theilweise noch in solch bodenloser Dummheit dahinlebt? Leiden die Culturaufgaben wirklich nicht?

Neueste Nachrichten.

* **Berlin, 8. October.** Das Staatsministerium trat heute Nachmittag 2 Uhr unter dem Vorst. des Fürsten Hohenlohe zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen.

* **In der ersten Sitzung,** zu welcher das Plenum des Bundesrats am Donnerstag wieder zusammentritt, werden meist Vorlagen formaler Natur und Verwaltungsfachen zur Erledigung kommen.

* **Eine Militärprobation soll** nach der „König. Btg.“ dem Reichstag in der kommenden Session vorgelegt werden. — Die Hochzeit hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

* **Gegen den Vorwurf der Hintertreppe** politisch vertheidigt sich Stöder jetzt dadurch, daß er einen von ihm im Jahre 1880 an Kaiser Wilhelm I. geschriebenen Brief veröffentlicht. Der Brief enthält nichts als die bekannten Redensarten und Ausfälle.

* **München, 8. October.** Aus der Praxis des Vereinstrechts. Der „Frank. Btg.“ wird aus München gemeldet: In einer gestern stattgefundenen Versammlung des demokratischen Vereins wurde das Verhalten des Ministeriums bei der Zuchtmäßigkeit ungelegenheit auf das Schärfste kritisiert. Als man das Vorgehen der Militärbehörde einer Kritik unterzog, wurde die Versammlung mit der Auflösung bedroht und wurde alsdann vom Vorsitzenden noch rechtzeitig geschlossen.

* **Wülhausen i. E.**, 8. October. Wie gemeldet wird, wurde gestern der Fabrikant Schwarz auf dem Wege von seiner Fabrik nach Hause von einem ent-

